

# Regierung ohne Teamgeist, SPD ohne politischen Kurswechsel

## Statement von Dagmar Enkelmann auf Pressekonferenz am 15. Juni 2010

Für dieses Land steht gegenwärtig eine Nichtregierung auf dem Platz. Es fehlen Teamgeist, gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Visionen. Vor allem fehlt eine Trainerin, die die Mannschaft auf Linie bringt. Ein Eigentor nach dem andern wird geschossen und gäbe es für die zahlreichen Fouls Rote Karten, würde kaum noch jemand auf dem Feld stehen.

Eine solche Situation knapp acht Monate nach der Regierungsbildung ist in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig – und der Spielausgang ist offen. Bei der kommenden Bundespräsidentenwahl muss die Koalition zunächst die eigene Mehrheit zustande bringen. Was, wenn nicht? Für diesen Fall lässt sich Präsidentschaftskandidat Wulff mit seinem Amt als Ministerpräsident ein Hintertürchen offen. Sollte – wider Erwarten - die Mehrheit für Wulff in der Bundesversammlung nicht da sein, kann die Kanzlerin eigentlich einpacken.

Doch die SPD baut ihr goldene Brücken. SPD-Chef Gabriel biedert sich jetzt bei der CDU mit einem „Pakt der Vernunft“ an. Im Klartext heißt das: Die SPD ist bereit, die unsozialen Kürzungsvorhaben der Regierung mitzutragen und will die Politik der sozialen Kälte – Agenda 2010, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Senkung des Spitzensteuersatzes, Kürzung der Pendlerpauschale – fortsetzen. Wer an einen politischen Kurswechsel der SPD hofft, sieht sich enttäuscht.

Ein Beleg dafür ist der Umgang mit dem Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen. Die SPD hätte es in der Hand, die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat zu kippen, doch sie verweigert sich dem. Das ist eine Ohrfeige für alle Menschen, die letztes Wochenende gegen die schwarz-gelben Kürzungspläne auf die Straße gegangen sind.

Im Fall Opel veranstaltet die Bundesregierung ein böses Schmierentheater. Vor der Wahl im Herbst 2009 ließ man die Opel-Beschäftigten im Glauben, dass vom Bund Hilfe kommt. Jetzt gibt es ein böses Erwachen. Die Kanzlerin ist vor der FDP eingeknickt und lässt die Opel-Mitarbeiter im Stich. Zocker, für die die Regierung in einer Woche 480 Milliarden Euro aufbrachte, sind offenbar mehr wert als die Beschäftigten der Autoindustrie. Gerade in Krisenzeiten ist es aber notwendig, Unternehmen auch mit staatlichen Hilfen beizustehen – selbstverständlich mit klaren Auflagen zu Sanierung und Modernisierung sowie zur Mitsprache von Belegschaft und öffentlicher Hand. Dies wird DIE LINKE in einer Aktuellen Stunde thematisieren.

Die Reform der Jobcenter, die die Regierung in dieser Woche beschließen will, ist bei näherem Hinsehen lediglich ein Strukturreform, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts folgt und die ARGen rechtlich absichert. Dies liegt im Interesse auch rot-rot-regierter Bundesländer, die der Reform im Bundesrat voraussichtlich zustimmen werden.

Auf Bundesebene aber wird es ein klares „Nein“ geben. Mit der Reform wird der gesetzliche Rahmen von Hartz IV zementiert. Ausgeweitet wird die Zahl der Optionskommunen. Dabei ist die Wirksamkeit der rot-grünen Arbeitsmarktreformen im Sinne einer Politikfolgenabschätzung nie gründlich geprüft worden. Die Ausdehnung von Leiharbeit, des Niedriglohnbereichs und der Minijobs sind für die Regierung kein Thema. Das wird DIE LINKE am Donnerstag mit der Debatte und Abstimmung ihres Antrags „Mit guter Arbeit aus der Krise“ (Drs. 17/1396) zur Sprache bringen.